

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Sternstr. 3, 39104 Magdeburg

Per E-Mail an die

- Kreisfreien Städte
- hauptamtlich geführten Städte und Gemeinden
- Verbandsgemeinden

im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt (SGSA)
- Landesgeschäftsstelle -
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: post@sgsa.info
Internet: www.kommunales-sachsen-anhalt.de

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE56 8105 3272 0036 0029 00
BIC/SWIFT: NOLADE21MDG

Auskunft erteilt: Frau Becker
Durchwahl: 0391 5924-350

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
be – dr

Datum
08.06.2022

Aktuelle Nachrichten zum Thema Corona-Virus vom 08.06.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

folgende aktuelle Informationen zum Thema Corona-Virus übermitteln wir Ihnen:

Beschluss zu Corona vom 02.06.2022 – getroffen von Bundeskanzler und Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder

Der Expertenrat der Bundesregierung geht davon aus, dass im Herbst und Winter 2022 erneut mit einem starken Anstieg der SARS-CoV-2-Infektionen sowie einer Zunahme anderer schwerer Atemwegserkrankungen, z. B. Grippeinfektionen durch Influenzaviren, zu rechnen ist.

Bund und Länder wollen die Sommermonate deshalb nutzen, um den Herbst und Winter gut vorzubereiten. Die Punkte, um die es gehen wird, sind dem als **Anlage** beigefügten Beschluss zu entnehmen, den Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 02.06.2022 getroffen haben.

Der Deutsche Städtetag begrüßt den Beschluss grundsätzlich, kritisiert aber, dass die Adressierung von konkreten Maßnahmen fehlt. Handlungsfelder wie etwa Impfen, Schule und Kita lediglich zu beschreiben, reiche nicht aus. Mit Blick auf den Herbst brauchen die Kommunen schnellstmöglich Klarheit, wann der Bund die notwendigen Instrumente im Infektionsschutzgesetz wieder bereitstellt. Dazu gehören Ermächtigungsgrundlagen, um Maßnahmen wie Maskenpflicht und Kontaktbeschränkungen im Ernstfall wieder ergreifen zu können. Zudem brauchen die Kommunen Planungssicherheit. Sach- und Personalressourcen seien nicht auf Knopfdruck verfügbar.

Zu bemängeln sei, dass keine Aussagen zum Thema Impfpflicht getroffen werden. Mit dem parlamentarischen Scheitern einer allgemeinen Impfpflicht stellen sich Fragen zum Gesamtkonzept von einrichtungsbezogener und allgemeiner Impfpflicht. Der Gesetzgeber müsse

rasch Klarheit schaffen, welche Maßnahmen in welchem Umfang und mit welcher Stringenz weiterverfolgt werden. Es müsse eine Situation verhindert werden, in der kommunale Gesundheitsämter mit viel Aufwand und Ressourcen an der Umsetzung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht arbeiten, die aufgrund ihrer Ausgestaltung dann faktisch kaum Konsequenzen habe.

Wir bitten um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Becker', written in a cursive style.

Becker

Anlage